



Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1016 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
T 01 501 65-0
DVR NR. 1042394

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel	501 65	Fax	501 65	Datum
BMJ-	RS-Ges	Mag Novotny	DW 2218		DW 2150		04.10.2011
Pr350.00/0017-							
Pr/2011							

Bundesgesetz, mit dem das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz und das Gerichtsgebührengesetz geändert werden (Budgetbegleitgesetz 2012; Justizteil)

Zum Entwurf eines Budgetbegleitgesetzes 2012; Justizteil teilt die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte mit, dass der Gesetzesentwurf seitens des Bundesministeriums für Justiz nicht an die Bundesarbeitskammer übermittelt worden ist. Der Bundesarbeitskammer steht das Recht zu, Stellungnahmen zu Gesetzesvorlagen zu erstatten.

Da die Bundesarbeitskammer in das Begutachtungsverfahren nicht eingebunden war, wird der vorliegende Gesetzesentwurf soweit dieser die Änderung der §§ 93 und 98 Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz betrifft, abgelehnt.

Begrüßt wird der Vorschlag auf Reduzierung der Gerichtsgebühren auf die Hälfte für das Anfertigen von Kopien aus Gerichtsakten.

Herbert Tumpel
Präsident



Hans Trenner
Bereichsleiter